

**Gemeindeordnung für die
Selbständige Evangelisch-Lutherische
Immanuel-Gemeinde Rotenburg**
(in der Fassung vom 22. Juli 2007)

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1 Selbstverständnis, Aufgabe, Bekenntnisstand

(1) Die Evangelisch-Lutherische Immanuel-Gemeinde in Rotenburg steht als Kirche Jesu Christi an ihrem Ort in der Einheit der heiligen, christlichen und apostolischen Kirche, die überall da ist, wo das Wort Gottes rein gepredigt wird und die Sakramente nach der Einsetzung Christi verwaltet werden. Sie bezeugt Jesus Christus als den alleinigen Herrn der Kirche und verkündigt ihn als den Heiland der Welt.

(2) Die Immanuel-Gemeinde ist gebunden an die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments als an das unfehlbare Wort Gottes, nach dem alle Lehren und Lehrer der Kirche beurteilt werden sollen. Sie bindet sich daher an die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, weil in ihnen die schriftgemäße Lehre bezeugt ist, nämlich an die drei ökumenischen Symbole (das Apostolische, das Nicänische und das Athanasianische Bekenntnis), an die ungeänderte Augsburgische Konfession und ihre Apologie, die Schmalkaldischen Artikel, den Kleinen und Großen Katechismus Luthers und die Konkordienformel.

§ 2 Zugehörigkeit zur Selbständigen Ev.-Luth. Kirche

(1) Die Gemeinde und ihre Glieder gehören der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) an. Die Gemeinde ist Teil des Pfarrbezirks Verden/Rotenburg im Kirchenbezirk Niedersachsen-West des Sprengels Nord der SELK.

(2) Für die Gemeinde sind die Grundordnung der SELK und die Ordnung des Kirchenbezirks Niedersachsen-West verbindlich.

§ 3 Rechtsstatus

(1) Die Evangelisch-Lutherische Immanuel-Gemeinde ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie hat ihren Sitz in Rotenburg.

(2) Die Gemeinde verwaltet ihre Angelegenheiten selbst im Rahmen der dafür geltenden Ordnungen (§ 2 Abs 2) und der Beschlüsse der Synoden.

(3) Die Gemeinde wird rechtlich durch den Kirchenvorstand vertreten.

II. DIE GEMEINDE

§ 4 Gliedschaft in der Gemeinde

(1) Glied der Gemeinde ist,

- a) wer in der Gemeinde das Sakrament der Heiligen Taufe empfängt
oder
 - b) wer aus einer Gemeinde der SELK oder einer mit der SELK in Kirchengemeinschaft stehenden Gemeinde überwiesen wird
oder
 - c) wer in die Gemeinde aufgenommen wird.
- (2) Die Gliedschaft in der Gemeinde endet,
- a) mit der Überweisung an eine andere Gemeinde der SELK oder an eine mit der SELK in Kirchengemeinschaft stehende Gemeinde
oder
 - b) mit dem freiwilligen Austritt aus der Gemeinde
oder
 - c) durch Ausschluss.
- (3) Die in den Bereich der Gemeinde zugezogenen oder aus anderen Gründen überwiesenen Gemeindeglieder sollen sich bei dem Pfarrer persönlich melden.

Die Aufnahme in die Gemeinde soll durch ein Gespräch mit dem Pfarrer, nötigenfalls mit einer Unterweisung in den Hauptstücken des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses und den Ordnungen der Gemeinde, vorbereitet werden. Die Aufnahme erfolgt durch den Pfarrer im Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand und ist der Gemeinde bekannt zu geben.

Ein Gemeindeglied, das sich der Wortverkündigung entzieht und dem Sakrament des Altars beharrlich fernbleibt, sondert sich von der Gemeinde ab. Bleiben Bemühungen fruchtlos, das Gemeindeglied in die Gemeinde zurückzuführen, kann diesem vom Kirchenvorstand schriftlich - mit dem Ruf zur Umkehr - mitgeteilt werden, dass es seine kirchlichen Rechte verwirkt hat und aus der Gemeinde ausgeschlossen ist. Dabei ist dem Betroffenen mitzuteilen, dass er gegen diesen Bescheid innerhalb von zwei Monaten beim Kirchenbezirksbeirat Einspruch erheben kann.

§ 5 Rechte und Pflichten in der Gemeinde

- (1) Die Gemeindeglieder können erwarten, dass der Pfarrer das Wort Gottes bekenntnisgemäß verkündigt, die Sakramente nach der Einsetzung Christi verwaltet, sie nach Gottes Wort und dem ev.-luth. Bekenntnis unterweist, ihnen seelsorgerlich dient und die kirchlichen Amtshandlungen nach den Ordnungen der Kirche gewährt.
- (2) Sie sollen nach ihren Gaben und Kräften kirchliche Aufgaben und Dienste übernehmen. Sie wirken im Rahmen dieser und anderer kirchlicher Ordnungen bei der Besetzung kirchlicher Ämter und bei der Bildung kirchlicher Organe mit.
- (3) Die Glieder der Gemeinde sind nach Gottes Wort verpflichtet, zur Erfüllung der kirchlichen und gemeindlichen Aufgaben mit Beiträgen, Spenden und Kollekten freiwillig und in angemessener Höhe beizutragen.

§ 6 Die Gemeindeversammlung

(1) Zur Gemeindeversammlung gehören der Pfarrer (Pfarrvikar) und die stimmberechtigten Glieder der Gemeinde.

Stimmberechtigt sind alle konfirmierten Gemeindeglieder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und zum Altarsakrament zugelassen sind. Konfirmierte Glieder unter 18 Jahre können an der Gemeindeversammlung teilnehmen. Vom 18. Lebensjahr an hat jedes Gemeindeglied auch das passive Wahlrecht.

(2) Die Gemeindeversammlung ist berechtigt, in allen eigenen Angelegenheiten der Gemeinde zu beraten und Beschlüsse zu fassen. Zu ihren Aufgaben gehört es insbesondere:

- a) den Pfarrer zu wählen,
- b) die Kirchenvorsteher zu wählen,
- c) die Gemeindevertreter für die Kirchenbezirkssynode zu wählen,
- d) über Anträge an die Kirchensynode und die Kirchenbezirkssynode zu beraten und zu beschließen,
- e) über Anträge, über gemeindliche Ordnungen, über den Gemeindehaushalt und alle wichtigen finanziellen Angelegenheiten zu beraten und zu beschließen,
- f) den Kassenwart (Rechner) und die Kassenprüfer zu bestellen. Die Kassenprüfer sollen nicht Mitglied des Vorstands sein. Die Gemeindeversammlung kann den Vorstand ermächtigen, Kassenprüfer zu bestellen.
- g) den jährlichen Gemeindebericht des Pfarrers entgegenzunehmen und ggf. zu beraten,
- h) alljährlich über die Entlastung des Kirchenvorstandes für die Haushaltsführung und des Kassenführers zu beschließen.

(3) Die Gemeindeversammlung wird auf Beschluss des Kirchenvorstandes vom Pfarrer unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung einberufen. Sie wird entweder durch Bekanntgabe im Gottesdienst der Gemeinde oder schriftlich einberufen, und zwar mindestens eine Woche vorher. Mindestens einmal im Jahr soll eine Gemeindeversammlung stattfinden.

Eine Gemeindeversammlung ist einzuberufen, wenn dies mindestens ein Zehntel der stimmberechtigten Gemeindeglieder schriftlich beim Pfarramt beantragt.

(4) Die Gemeindeversammlung wird, wenn sie nicht im Anschluss an einen Gottesdienst stattfindet, mit Gottes Wort und Gebet eröffnet; sie wird mit einem Gebet geschlossen.

(5) Die Gemeindeversammlung wird vom Pfarrer geleitet. Sie kann auf Vorschlag des Pfarrers auch ein Gemeindeglied mit der Leitung beauftragen.

In besonderen Fällen kann der Kirchenvorstand oder die Gemeindeversammlung die Leitung auch einem Mitglied des Bezirksbeirates oder der Kirchenleitung übertragen.

(6) a) Jede ordnungsgemäß einberufene Gemeindeversammlung ist beschlussfähig.

b) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst, falls diese Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt. Einmütigkeit ist anzustreben. Über Gegenstände, die nicht in der Tagesordnung angegeben sind, dür-

fen keine Beschlüsse gefasst werden, wenn ein Zehntel der anwesenden stimmberechtigten Gemeindeglieder widerspricht.

- c) Wer am Verhandlungsgegenstand persönlich beteiligt ist, darf an der Abstimmung nicht teilnehmen.
- d) Über die Beratungen und Beschlüsse der Gemeindeversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie ist vom Leiter der Versammlung und dem Schriftführer zu unterschreiben und in der Gemeinde innerhalb von drei Wochen durch Aushang oder auf andere geeignete Weise zu veröffentlichen. Sofern keine Einwände geltend gemacht werden, gilt die Niederschrift vier Wochen nach Veröffentlichung als angenommen. Einwände behandelt der Kirchenvorstand.
- e) Die Beschlüsse sind innerhalb von drei Wochen in der Gemeinde bekannt zu geben. Einsprüche müssen mit Begründung innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe beim Kirchenvorstand eingelegt werden. Sofern eine Klärung innerhalb der Gemeinde nicht möglich ist, sind Einsprüche an den Bezirksbeirat weiterzuleiten. Beschlüsse der Gemeindeversammlung treten in Kraft, wenn Einsprüche nicht vorliegen oder diese ablehnend behandelt worden sind.

III. DIENSTE IN DER GEMEINDE

§ 7 Der Pfarrer (Pastor)

(1) Das Amt der Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung ist Stiftung Christi zum Dienst an seiner Gemeinde.

(2) Der Pfarrer hat als der berufene Hirte der Gemeinde den Auftrag, das Wort Gottes öffentlich zu verkündigen und die Sakramente zu verwalten. Er leitet die Gemeindegottesdienste, nimmt die Amtshandlungen vor, unterweist im christlichen Glauben und betreut die Gemeindeglieder seelsorgerlich.

Im Übrigen regelt sich sein Dienst nach der Pfarrerdienstordnung.

(3) Bei der Wahrnehmung dieses Auftrags ist er auf die Fürbitte, den Schutz und die Fürsorge der Gemeinde und ihre Mitarbeit angewiesen.

(4) Die Berufung eines Pfarrers erfolgt gemäß der Pfarrerdienstordnung und der im Pfarrbezirk angenommenen Berufungsvereinbarung.^{*)}

(5) Der berufene Pfarrer wird in der Regel von dem zuständigen Superintendenten in einem Gottesdienst in sein Amt eingeführt. Dabei wird er auf Schrift und Bekenntnis, die Erfüllung seiner Aufgaben und die Einhaltung der kirchlichen Ordnungen verpflichtet.

^{*)} Pfarrerdienstordnung (PDO) § 10 (siehe Anhang) und Berufungsvereinbarung (siehe Anhang)

§ 8 Die Kirchenvorsteher

- (1) Die Kirchenvorsteher sind in besonderem Maße für das geistliche Leben in der Gemeinde und die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben verantwortlich. Als Mitarbeiter des Pfarrers unterstützen sie ihn in seinem Dienst.
- (2) Der Dienst der Kirchenvorsteher ist ein Ehrenamt.
- (3) Zu Kirchenvorstehern können Gemeindeglieder gewählt werden, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, der Gemeinde in der Regel seit einem Jahr angehören und sich treu am gemeindlichen Leben beteiligen.
- (4) Ehegatten, Geschwister sowie Eltern und deren Kinder sollen in der Regel nicht gleichzeitig Kirchenvorsteher in der Gemeinde sein.
- (5) Der Kirchenvorstand bereitet die Wahl von Vorstehern vor und nimmt Vorschläge entgegen. Sie können von jedem stimmberechtigten Gemeindeglied eingereicht werden und müssen mindestens zwei Wochen vor der Wahl vorliegen. Der Gemeinde sind die Kandidaten eine Woche vor der Wahl bekannt zu geben.
- (6) Die Kirchenvorsteher sind in geheimer Wahl zu wählen. Gewählt sind diejenigen, für die sich mehr als die Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten entscheidet. Kommt diese Mehrheit nicht zustande, so ist in einem zweiten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhält.
- (7) Wenn innerhalb von vierzehn Tagen kein begründeter Einspruch gegen die Wahl erfolgt, werden die Gewählten vom Pfarrer im Gottesdienst in ihr Amt eingeführt. Über einen Einspruch entscheidet der Bezirksbeirat.
- (8) Die Kirchenvorsteher werden für die Dauer von sechs Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtszeit endet, sofern keine Wiederwahl erfolgte, mit der Einführung der neu gewählten Kirchenvorsteher.
- (9) Ein Kirchenvorsteher scheidet in anderen Fällen aus dem Kirchenvorstand aus, wenn er sein Amt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Pfarrer niederlegt oder wenn er aus der Gemeinde ausscheidet.
- (10) Ein Kirchenvorsteher kann vom Kirchenvorstand zur Niederlegung seines Amtes aufgefordert werden, wenn er seinem Dienst nicht mehr ordnungsgemäß nachkommt, wenn er seine Pflichten grob verletzt oder sich nicht mehr treu zu Wort und Sakrament hält. Kommt der Kirchenvorsteher der Aufforderung nicht nach, so kann er - nachdem ihm zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben ist - durch Beschluss der Gemeindeversammlung seines Amtes enthoben werden.

§ 9 Der Kirchenvorstand

- (1) Der Kirchenvorstand besteht aus dem Pfarrer und den von der Gemeindeversammlung gewählten Kirchenvorstehern.
- (2) Der Kirchenvorstand hat außer den in § 8 (1) für die Kirchenvorsteher genannten Aufgaben die folgenden wahrzunehmen:

- a) die Gemeindeversammlung vorzubereiten und ihre Beschlüsse auszuführen,
- b) das Gemeindevermögen zu verwalten,
- c) die Jahresabschlussrechnung und einen Haushaltsplan für das kommende Jahr der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen,
- d) Mitarbeiter für den Dienst in der Gemeinde zu gewinnen und zu berufen, insbesondere den Schriftführer und – auf Beschluss der Gemeindeversammlung – die Kassenprüfer,
- e) bei Aufnahme und Ausschluss von Gemeindegliedern mitzuwirken,
- f) die Gemeindeinteressen gegenüber Dritten wahrzunehmen,
- g) die Gemeinde gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Er kann dazu zwei seiner Mitglieder bevollmächtigen, die gemeinschaftlich handeln müssen.

Erklärungen an die Gemeinde können gegenüber dem Pfarrer oder einem Kirchenvorsteher abgegeben werden. Schriftliche Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, bedürfen der Unterschrift des Pfarrers und eines Kirchenvorstehers. In Vakanzfällen genügt die Unterschrift zweier Kirchenvorsteher.

(3) Der Kirchenvorstand soll in der Regel jeden Monat zu einer Sitzung zusammenkommen. Die Sitzungen werden vom Pfarrer oder im Fall seiner Verhinderung von einem von ihm beauftragten Kirchenvorsteher einberufen und geleitet. Auf Verlangen von zwei Kirchenvorstehern ist unverzüglich eine Sitzung einzuberufen. Gehören zu einem Pfarrbezirk mehrere Gemeinden, können ihre Kirchenvorstände zu gemeinsamen Sitzungen einberufen werden.

(4) Der Kirchenvorstand ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Einmütigkeit ist anzustreben. Wer vom Verhandlungsgegenstand persönlich betroffen ist, darf an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Er muss vor der Beratung zu der Sache gehört werden.

(5) Zu den Kirchenvorstandssitzungen können auch andere Gemeindeglieder oder Mitglieder kirchlicher Organe mit beratender Stimme geladen werden.

(6) Über alle Angelegenheiten, die die Seelsorge betreffen, die vertraulich sind oder als vertraulich beschlossen werden, ist Verschwiegenheit zu wahren.

(7) Über die Beratungen des Kirchenvorstands ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Pastor und den Kirchenvorstehern zu unterzeichnen ist.

§ 10 Weitere Mitarbeiter

- (1) Zum Dienst in der Gemeinde können Gemeindeglieder als Lektoren, Katecheten, Organisten, Chorleiter, Küster, Jugendleiter, Alten- und Krankenpfleger sowie sonstige Helfer bestellt werden.
- (2) Die Mitarbeiter werden durch den Kirchenvorstand unter Festlegung ihrer Aufgaben berufen. Sie können im Gottesdienst eingeführt werden.

IV. HAUSHALT UND VERMÖGEN

§ 11 Der Haushalt der Gemeinde

- (1) Der Haushalt der Gemeinde wird bestritten durch die Beiträge, Kollekten und Spenden der Gemeindeglieder (vgl. § 5 Abs 3) sowie durch sonstige Einnahmen.
- (2) Alle einkommenden Geldmittel dürfen nur zu kirchlichen und gemeindlichen Zwecken verwendet werden.
- (3) Die Gemeinde soll jährlich einen Haushaltsplan aufstellen. Dabei hat sie darauf zu achten, dass durch größere Gemeindeaufgaben wie Bauten, Instandhaltungsmaßnahmen oder Personaleinstellungen das Aufkommen für die gesamtkirchliche Umlage nicht beeinträchtigt wird. Bevor die Gemeinde Aufgaben in Angriff nimmt, die in erheblichem Umfange den Haushalt der Gemeinde belasten, legt sie ihre Pläne dem Bezirksbeirat vor.
- (4) Die Gemeindekasse ist von dem durch die Gemeindeversammlung bestellten Kassenwart unter Beachtung des verabschiedeten Haushaltsplanes in Einnahmen und Ausgaben so zu führen, dass jederzeit eine Übersicht über die Kassenverhältnisse möglich ist. Nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahres ist vom Kassenwart eine Jahresabschlussrechnung zu erstellen.
- (5) Die Kassenprüfer prüfen die Verwaltung des Gemeindevermögens sowie der Gemeindekasse nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahres und berichten darüber der Gemeindeversammlung.

§ 12 Das Vermögen der Gemeinde

- (1) Das Vermögen der Gemeinde ist sparsam und wirtschaftlich zu verwalten. Dies schließt ein, dass die zur Erhaltung der einzelnen Vermögensteile erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig und in ausreichendem Umfange getroffen werden.
- (2) Das Vermögen der Gemeinde darf nur kirchlichen und gemeindlichen Zwecken dienen.
- (3) Im Falle der Auflösung der Gemeinde fällt ihr Vermögen der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche zu. Ein Anspruch einzelner Gemeindeglieder auf Beteiligung am Gemeindevermögen besteht nicht.

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 13 Änderung der Gemeindeordnung

Der Bekenntnisstand der Gemeinde kann nicht geändert werden. Die Gemeindeordnung kann durch Beschluss der Gemeindeversammlung geändert werden. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Gemeindeglieder. Vor jeder Beschlussfassung über eine Änderung der Gemeindeordnung ist eine Stellungnahme des Bezirksbeirats einzuholen. Der Gemeinde ist jede geplante Änderung der Gemeindeordnung mit der Tagesordnung schriftlich bekanntzugeben.

Diese Gemeindeordnung wurde am 22. Mai 1983 von der Gemeindeversammlung der Immanuel-Gemeinde Rotenburg angenommen. Sämtliche Änderungen seither sind in vorstehende Fassung aufgenommen worden. Die vorliegende Fassung wurde durch Beschluss der Gemeindeversammlung am 22. Juli 2007 angenommen.

F. d. R.

Dr. Christoph Barnbrock, Pfarrer

PFARRERDIENSTORDNUNG
der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche
(in der Fassung vom 21. Juni 2003)

§ 10 Berufung in eine Gemeinde

(1) Wird eine Pfarrstelle vakant, so hat der zuständige Superintendent die Kirchenleitung zu unterrichten. Nach Rücksprache mit der Kirchenleitung haben der Superintendent und der Kirchenvorstand der Gemeinde oder die Kirchenvorstände des Pfarrbezirks die Neubesetzung der Pfarrstelle vorzubereiten.

(2) Das Berufungsrecht liegt beim Pfarrbezirk. Die Berufung in eine Pfarrstelle erfordert einen Beschluss der Gemeindeversammlung(en). Das Berufungsrecht ist auf einen Pfarrer im Teildienstverhältnis beschränkt, wenn der Stellenplan die Pfarrstelle als solche ausweist.

Die Kirchenleitung und der zuständige Kirchenbezirksbeirat sind berechtigt, der Gemeindeversammlung Kandidaten vorzuschlagen; darüber hinaus ist ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu allen weiteren in der Gemeindeversammlung zur Wahl stehenden Kandidaten zu äußern. Bei der Wahl sind Einvernehmen mit der Kirchenleitung und dem Bezirksbeirat herzustellen und Einmütigkeit innerhalb der Gemeinde anzustreben.

Verlaufen drei Berufungen ergebnislos, so hat die Kirchenleitung das Recht, im Einvernehmen mit dem Kirchenbezirksbeirat die Pfarrstelle auf Zeit zu besetzen.

(2a) Das Berufungsrecht ruht, wenn der Stellenplan dies ausweist. In diesen Fällen haben Superintendent und Bezirksbeirat zusammen mit der Kirchenleitung die ausreichende geistliche Versorgung der Gemeinde(n) sicherzustellen.

(3) Ein Pfarrer, der nicht wenigstens fünf Jahre in seiner Gemeinde tätig war, soll von einer anderen Gemeinde nicht berufen werden. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung seines Bezirksbeirates.

(4) Ein Pfarrer soll den Ruf in eine andere Gemeinde nur annehmen, wenn er sich zuvor mit dem Superintendenten beraten und sich mit seinem Kirchenvorstand darüber ausgesprochen hat. Entstehen besondere Schwierigkeiten in der Gemeinde beim Weggang ihres Pfarrers, so haben sich Bezirksbeirat und Kirchenleitung um einen Ausgleich zu bemühen.

(5) Nach ordnungsgemäßer Wahl durch die Gemeindeversammlung und nach Annahme der Wahl durch den Pfarrer ist eine Berufungsurkunde vom Superintendenten auszustellen und dem Gewählten auszuhändigen. Der Kirchenvorstand der berufenden Gemeinde kann die Berufungsurkunde mit unterzeichnen.

**Berufungsvereinbarung im Kirchenbezirk Niedersachsen – West
für einen Pfarrbezirk mit mehreren Gemeinden**
(in der Fassung vom 10. März 2006)

Nachstehende Vereinbarung ist maßgeblich für Gemeinden eines Pfarrbezirks, sofern sie sich auf sie verpflichten.

1. Bei einer anstehenden Vakanz der Pfarrstelle ist der Superintendent unmittelbar zu unterrichten.
2. Der Superintendent oder ein/e von ihm Beauftragte/r eröffnet das Berufungsverfahren, indem er die Vorstände der betroffenen Gemeinden zu einer ersten gemeinsamen Vorstandssitzung zusammenruft.

Auf ihr wird das weitere Vorgehen nach dieser Vereinbarung im Rahmen der Berufsordnung der SELK besprochen. Sofern erforderlich, werden auch weitere Einzelheiten des Berufungsverfahrens gemeinsam festgelegt, wobei Einmütigkeit (= höchstens eine Gegenstimme oder Enthaltung) herzustellen ist.

3. Die betroffenen Vorstände geben den Gemeindegliedern Gelegenheit, ihnen geeignete Kandidaten zu benennen.
4. In einer zweiten gemeinsamen Vorstandssitzung unter Leitung des Superintendenten oder des/der von ihm Beauftragten wird die Liste der Kandidaten zusammengetragen und gesichtet.

In dieser und den folgenden Sitzungen können die Vorstände zusammen einstimmig beschließen, einen Kandidaten ohne vorausgehende Befragung den Gemeinden zur Wahl vorzuschlagen.

Kommt dieser Beschluss nicht zustande, wird die Reihenfolge möglichst einmütig festgelegt, nach der die Kandidaten durch den Superintendenten hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Bereitschaft befragt werden, einen eventuellen Ruf ernstlich in Erwägung zu ziehen.

5. Der Superintendent oder der/die von ihm Beauftragte befragt die Kandidaten einzeln nacheinander in der festgelegten Reihenfolge, wobei er jedem eine angemessene Bedenkzeit einräumt.
6. Der Superintendent oder der/die von ihm Beauftragte beruft eine dritte gemeinsame Vorstandssitzung ein, sobald ein Kandidat gefunden ist, der einer eventuellen Berufung aufgeschlossen gegenübersteht. Ihr Ziel ist, diesen Kandidaten einstimmig den Gemeinden zur Wahl vorzuschlagen.

Dabei wird einmütig entschieden, ob und zu welchen Vorgesprächen mit dem Vorstand und / oder der Gemeinde usw. oder Gastpredigten der Kandidat eingeladen wird.

7. Das Ergebnis / die Resonanz dieser von den betroffenen Vorständen / Gemeinden geführten gemeinsamen Vorgespräche / Gastpredigten besprechen die betroffenen

Vorstände auf einer vierten gemeinsamen Sitzung unter Leitung des Superintendenten oder des/der von ihm Beauftragten.

Das Ziel dieser Sitzung ist der notwendige Beschluss, den Kandidaten von beiden Vorständen einstimmig den Gemeindeversammlungen zur Wahl vorzuschlagen. Darüber hinaus hat das Gremium den Termin der Wahl, die in beiden Gemeinden an ein und demselben Tag oder an zwei folgenden Tagen stattfinden soll, festzulegen und die Wahl vorzubereiten.

Sollte dieser Beschluss nicht zustande kommen, setzt der Superintendent / Beauftragte die Befragung fort.

8. Unter Leitung des Superintendenten oder des/der von ihm Beauftragten finden die Wahlversammlungen der Gemeinden möglichst am gleichen Tag statt. Der Wahlleiter teilt das Ergebnis dem Kandidaten umgehend mit.
9. Eine Berufung erfolgt, wenn mindestens drei Viertel der insgesamt bei den Wahlversammlungen anwesenden Wahlberechtigten für den vorgeschlagenen Kandidaten stimmen und sich nicht eine einzelne Wahlversammlung mit mindestens drei Viertel der Stimmen gegen den vorgeschlagenen Kandidaten ausspricht.

Diese Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung durch die Vorstandsmitglieder der im Pfarrbezirk vereinigten Gemeinden mit der Annahme durch die jeweiligen Gemeindeversammlungen in Kraft.

Rotenburg, den 10. März 2006

Der Kirchenvorstand der evangelisch-lutherischen Immanuel-Gemeinde Rotenburg

Der Kirchenvorstand der evangelisch-lutherischen Zionsgemeinde Verden

Angenommen durch die Gemeindeversammlung der evangelisch-lutherischen Immanuel-Gemeinde Rotenburg am 30.4.2006.

Angenommen durch die Gemeindeversammlung der evangelisch-lutherischen Zionsgemeinde Verden am 12.3.2006.